

Hollande kehrt seine Unternehmer-freundliche Schlagseite hervor und unterstreicht seinen Mittelinks-Kurs

AUS PARIS
DANNY LEDER

Ist es eine ›Wende‹ eine ›Kurs-Verstärkung‹ oder bloß das bisher deutlichste, öffentliche Eingeständnis einer bereits zuvor verfolgten sozialliberalen Orientierung, die Francois Hollande bei seiner großen Pressekonferenz am Dienstag präsentierte? Wohl ein bisschen von alledem.

Es ist zwar nicht das erste Mal, dass der sozialistische Staatschef hartes Sparen und Sozialpartnerschaft nach deutschem Vorbild predigt. Aber diesmal kam ein Bekenntnis zur prioritären Unterstützung der Unternehmer dazu: ›Wenn es keine Unternehmen mehr gibt, was können wir dann noch umverteilen? Was wir nicht haben?‹ Mit dieser rhetorischen Gegenfrage beantwortete Hollande eine Journalisten-Frage, ob er sich nunmehr den Wünschen des französischen Unternehmerverbands unterworfen habe.

Tatsächlich überraschte Hollande mit der Ankündigung, er wolle bis zum Ende seines Mandats 2017 die Lohnnebenkosten um über 30 Milliarden Euro senken. Das übertraf die zuvor inoffiziell geäußerten Erwartungen des Unternehmerverbands. Konkret will Hollande die Unternehmensabgaben für Familienbeihilfe gänzlich abschaffen. Als Begründung verwies er auf die niedrige Gewinnspanne der französischen Unternehmen, die auf den ›stiefsten Stand seit Jahrzehnten‹ gesunken sei.

Diese Stützen für die Unternehmen sollen aber auch nicht durch Steuer- oder Schuldenerhöhungen, sondern einzig und allein durch Einsparungen der öffentlichen Hand finanziert werden: ›Wenn es genügt, die Defizite zu vertiefen, um als links zu gelten, dann waren meine Vorgänger linksextrem‹, witzelte Hollande in Anspielung auf den radikalen Anstieg der französischen Staatsverschuldung unter dem vormaligen bürgerlichen Präsidenten Nicolas Sarkozy.

Auch bei der Nennung der Bereiche, in denen die Einsparungen durchgeführt würden, ließ Hollande diesmal die Katze aus dem Sack: Staatsverwaltung und Krankenversicherung. Wobei er auch erstmals die Zusammenlegung der maßlos übereinander geschichteten lokalen Verwaltungsorgane Frankreichs (Kantone, Departements, Gemeinden, Regionen) ins Visier nahm – ein überfälliges Vorhaben, vor dem Sarkozy zurückgeschreckt war.

Es wäre aber verfehlt anzunehmen, dass nicht schon bisher laufend Einsparungen durchgeführt wurden, die Institutionen wie etwa die Justiz bis knapp an den Rand ihres Zusammenbruchs führten. So wie es bereits im Vorjahr eine erste Welle von Unternehmerfreundlichen Maßnahmen gegeben hatte, darunter Abgabekürzungen, mehr Flexibilität bei Arbeitszeit- und Lohnregelungen, Lockerung des Kündigungsschutz.

Was aber Hollande jetzt versucht, ist eine Imagekorrektur, so als würde er den Eindruck verwischen wollen, den er in bei seinem Amtsantritt durch symbolträchtige Maßnahmen

erweckt hatte, allen voran die 75 prozentige Besteuerung der Einkommenssegmente von über einer Million Euro. Diese ursprünglich populäre Maßnahme war von Hollande als Flankenschutz für eine ansonsten umgängliche Haltung gegenüber Spitzenmanagern gedacht.

Nun bescheidet sich Hollande bei seinen sozialdemokratischen Ambitionen auf einen Pakt mit dem Unternehmerverband. Dieser soll sich im Gegenzug für die geplanten Abgabensenkungen zur Schaffung von Jobs verpflichten. Aber jenseits dieser ein wenig staatsplanerisch anmutenden Pakt-Logik, geht es dem SP-Präsidenten vor allem um ein Investoren-freundliches Klima.